



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
8. Sitzung	Donnerstag, 26. März 2015 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Stefan Semela, Präsident
Protokoll	Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Christine Brüesch Ferdinand Senn
Anwesend	35 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Willi Graf André Kummer Felix Frischknecht Christine Brüesch Denise Hunziker
Ende der Sitzung	21.30 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2015/01	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	154
2	2015/02	Erscheinungsbild Landstrasse K114 / Kommunalen Richtplan; Rahmenkredit von CHF 350'000	156
3	2015/03	Betriebsamt Siggenthal-Lägern; Genehmigung Gemeindevertrag	161
4	2015/04	Gemeindesaal Nussbaumen; Ersatz der Lichtsteuerung; Verpflichtungskredit von CHF 98'000	163
5	2015/05	Schulstrasse Nussbaumen	165
		a) Verpflichtungskredit von CHF 96'000 für die Strassensanierung	
		b) Verpflichtungskredit von CHF 326'000 für den Ersatz der Wasserleitung	
		c) Verpflichtungskredit von CHF 175'000 für den Neubau der Kanalisationsleitung	

6	2015/06	Postulat Dan Meier, CVP, und Mitunterzeichner betr. Verkehrsführung im Zusammenhang mit dem Ausbau der Busspur in Kirchdorf. Bericht des Gemeinderates.	168
7	2015/07	Postulat der SVP-Fraktion betr. Bedarfsabklärung Parkplätze beim Schwimmbad Obersiggenthal und OSOS / Erheblicherklärung. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.	170
8	2015/08	Postulat Peter Marten, FDP, betreffend Legislaturziele 2014 – 2017 des Gemeinderates Obersiggenthal / Erheblicherklärung. Der Gemeinderat ist nicht bereit das Postulat entgegenzunehmen.	171
9	2015/09	Umfrage	171

Ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Willi Graf, André Kummer, Felix Frischknecht, Christine Brüesch und Denise Hunziker. Daniel Meier und Ueli Zulauf werden später kommen. Es sind somit 33 in Pflicht genommene Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 17.

Weil Christine Brüesch nicht anwesend ist, fällt die Stimmenzählerin aus. Ursula Spinnler hat sich für heute als Stimmenzählerin zur Verfügung gestellt. Dagegen gibt es keine Einwände.

1 2015.01 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Stefan Semela, Präsident: Zum **Protokoll:** Bei den beiden Protokollen sind einige Änderungsanträge eingegangen. Die Protokolle von der Sitzung vom 23. Oktober 2014 und vom 11. Dezember 2014 haben Sie zusammen mit den Unterlagen erhalten.

Ich erinnere Sie nochmals daran, dass die Änderungsanträge für das Protokoll spätestens 10 Tage nach Zustellung der Unterlagen eintreffen müssen. Die Anträge werden trotzdem noch berücksichtigt.

Protokoll von der Sitzung vom 23. Oktober 2014:

Seite 90, Peter Marten: Wir sind der Meinung, dass bei den Investitionen das Maximum der Ertragshöhe erreicht ist. Richtig sollte es heissen: Wir sind der Meinung, dass bei den Investitionen das Maximum erreicht ist.

Seite 95, Peter Marten: Auf diese Werte wird immer noch gewartet, diese haben Auswirkungen auf die Aufwendungsreserve, Abschreibungsbeiträge usw. Richtig sollte es heissen: Auf diese Werte wird immer noch gewartet, diese haben Auswirkungen auf die Aufwertungsreserve, Abschreibungsbeiträge usw.

Protokoll von der Sitzung vom 11. Dezember 2014:

Seite 133, Erich Schmid: Es fehlen mehrere Sätze, wir hatten ein technisches Problem mit der Aufnahme und da nur jedes 3. Wort verständlich war, sind diese Sätze nicht im Protokoll erwähnt worden. Am Ende des Votums heisst es noch zusätzlich: Die Vorlage weist grosse Mängel auf, und die CVP-Fraktion hätte das Geschäft sowieso zurück gewiesen. Neben der Nichteinhaltung des Submissionsdekrets sind diverse andere gröbere Fehler vorhanden. Ich empfehle zumindest das Submissionsdekret für die Ausarbeitung einer solchen Vorlage zu konsultieren.

Seite 138, Erich Schmid: Bei Martin Weber sehe ich, dass der jetzige Stand wieder entstehen muss. Richtig sollte es heissen: Bei Martin Schneider sehe ich, dass der jetzige Stand wieder entstehen muss.

Seite 144, Josef Sieber: Wir haben es schon gehört, dass ist die Effizienz, die Lebensdauer, das gerichtete Licht und damit weniger Lichtverschmutzung. Richtig sollte es heissen: Wir haben es schon gehört, diese sind: Die Effizienz, die Lebensdauer, das gerichtete Licht und damit weniger Lichtverschmutzung.

Seite 144, Josef Sieber: Das finde ich einfach schade, und somit ist das für mich keine ausgewiesene Vorlage: Richtig sollte es heissen: Das finde ich einfach schade, und somit ist das für mich keine ausgewogene Vorlage.

Seite 144, Josef Sieber: Für die gleiche Wattleistung bekommt man mehr Licht oder man braucht weniger Strom, gleichzeitig sinken die Preise, d.h. man muss auch weniger investieren. Richtig sollte es heisse: Für die gleiche Wattleistung bekommt man in wenigen Jahren mehr Licht oder man braucht weniger Strom, gleichzeitig sinken die Preise, d.h. man muss auch weniger investieren.

Seite 145, Josef Sieber: Bei der Amortisationsrechnung steht ungefähr, zum Glück steht das dort, denn das ist wirklich realitätsfremd, wie mit Zahlen jongliert wird. Richtig sollte es heissen: Bei der Amortisationsrechnung steht „ungefähr“, zum Glück steht das dort, denn das ist wirklich realitätsfremd, wie mit Zahlen jongliert wird.

Seite 145, Josef Sieber: Wenn diese Zahl auf die Amortisationszeit umgerechnet wird, dann liege ich mit meiner Schätzung nicht schlecht. Richtig sollte es heissen: Wenn diese Zahl auf die Amortisationszeit umgerechnet wird, dann liege ich mit meiner Schätzung von 20 Jahren nicht schlecht.

Zum **Formellen: Stefan Semela:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 19. Januar 2015 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohner-rates vom 11. Dezember 2014 in Rechtskraft erwachsen: Verpflichtungskredit Hertensteinstrasse von CHF 549'680 für zusätzliche Strassenbaumassnahmen gemäss Betriebs- und Gestaltungskonzept, Anpassung an Gemeindestrassen und Erneuerung der Strassenbeleuchtung; Verpflichtungskredit Hertensteinstrasse von CHF 629'000 für die Sanierung der Abwasserbeseitigungsanlagen; Verpflichtungskredit Hertensteinstrasse von CHF 1'072'000 für die Sanierung und den Ausbau Wasserversorgung; Verpflichtungskredit von CHF 850'000 für die Erneuerung der Strassenbeleuchtung durch LED auf dem gesamten Gemeindegebiet.

Zu den **Mitteilungen: Stefan Semela:** Ich habe ein Rücktrittsschreiben von Olivier Moor erhalten. Dieses wird vorgelesen.

Die Einladung für das Fussballturnier vom Wettingerfest wurde wieder zugestellt. Patrick Hehli hat sich wieder dazu bereit erklärt, die Organisation zu übernehmen. Dieses Mal erfolgt die Mannschaftszusammensetzung unter Einbezug der Gemeindeverwaltung.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Gemeindeabteilung des Departements Volkswirtschaft und Inneres hat dem Gesuch von Therese Schneider um Entlassung aus dem Amt als Gemeinderätin zugestimmt. In Folge dessen sind wir mit der Durchführung der Ersatzwahl konfrontiert. Die Ersatzwahl für den Gemeinderat ist am 14. Juni 2015 vorgesehen und die Wahlvorschläge können bis zum 1. Mai 2015, 12.00 Uhr dem Wahlbüro eingereicht werden.

Oederlin Areal

Gerne möchte ich Ihnen eine Statusmeldung zum Oederlin Areal machen. Am 7. September 2014 wurde der Projektwettbewerb gestartet, darüber wurden Sie bereits informiert. Am 17. Januar 2015 wurde der Einwohnerrat vor Ort, aus erster Hand über das Projekt informiert. Am 11. März 2015 konnte der Projektwettbewerb über das Areal A1 mit der Auswahl des Siegerprojektes abgeschlossen werden.

Der Gemeinderat, die Planungskommission, die Verkehrskommission sowie die Ortsbildkommission sind in der Zwischenzeit von der Oederlin Bauherrschaft über den Projektwettbewerb informiert worden. Ebenso wurde der Terminplan für das Nutzungsplan- und Sondernutzungsplanverfahren zwischen Gemeinde, Kanton und Bauherrschaft abgestimmt. Die beiden Verfahren werden parallel durchgeführt.

Die wesentlichen Meilensteine in diesem Verfahrensablauf sind: Wir erhalten einen externen Prüfbericht bezüglich Nutzungsordnung; es wird verschiedene Vernehmlassungen bei den gemeinderätlichen Kommissionen und bei Baden Regio geben; es wird ein externer Fachbericht bezüglich Sondernutzungsplanung erstellt; der Kanton wird verschiedene Vorprüfungen von diesen Planversionen vornehmen und dann wird es verschiedene öffentliche Auflagen für das Mitwirkungsverfahren und später das Einwendungsverfahren geben.

Wir rechnen damit, dass wir die BNO Anpassung dem Einwohnerrat frühestens an der Dezembersitzung 2015 oder in der Frühlingsitzung 2016 vorlegen können.

Markthof Schild Ost

Es wurde eine Projektorganisation konstituiert und in der Zwischenzeit liegt uns auch ein Terminplan für das Gestaltungsplanverfahren als Vorschlag vor. Zudem wurden eine Standort-, Marktanalyse und ein Nutzungskonzept erstellt. Das künftige Gebäude wird voraussichtlich Al-terwohnungen, Büros und eine Verkaufsfläche für einen Grossverteiler wie Migros, Coop etc.

enthalten. Dieses Projekt wird ebenfalls von der Gemeinde begleitet und die Planungskommission, die Verkehrskommission sowie die Ortsbildkommission werden eingebunden.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich möchte Sie über die Verzögerung des Rechnungsabschlusses 2014 orientieren. Die Umstellung der Gemeindebuchhaltung auf das neue Rechnungssystem HRM2 ergibt einen bedeutend grösseren Aufwand als geplant. Die Abschlussarbeiten der Gemeinderechnung 2014 dauern länger als in früheren Jahren und das hat auch Auswirkungen für die Bekanntgabe der Finanzzahlen der Gemeinde Obersiggenthal. Die Verzögerung bezieht sich vor allem auf das Aufarbeiten der Anlagenbuchhaltung. Die Immobilien der Gemeinde weisen einen Wert von weit über CHF 100'000'000 auf. Die Anlagen müssen in Strassen, Kanalisationen, Abwasser, Gebäuden etc. aufgeteilt und in die Datenbank aufgenommen werden. Weiter müssen diverse Bewertungen von Wald, Land und Gewässer vorgenommen und separat ausgewiesen werden.

Die Gründe der Verzögerung liegen darin, dass diverse Softwareanpassungen während der Umstellphase in Kauf genommen werden mussten. Weiter gab es personelle Engpässe durch krankheitsbedingte Ausfälle, zudem musste das Tagesgeschäft ebenso erledigt werden. Der Gemeinderat hat für die Abteilung Finanzen die Unterstützung von zusätzlichen, externen Fachpersonen angeordnet.

Die kantonalen Stellen wurden vom Gemeinderat informiert. Ebenfalls orientiert wurde die Finanzkommission. Sobald das Ergebnis vorliegt, wird der Gemeinderat die Finanzkommission, den Einwohnerrat und die Bevölkerung über den Abschluss der Rechnung 2014 orientieren.

Franziska Grab, Vizeammann: An der letzten Einwohnerratssitzung erinnerte mich Christian Keller daran, dass er gerne über die Resultate der Verkehrszählung 2012 informiert werden möchte. Wir hatten diese Woche eine Aussprache mit der Person, die beim Kanton verantwortlich ist für die Verkehrszählung. In der Zwischenzeit wurden weitere Verkehrszählungen durchgeführt, die Ergebnisse waren jedoch nicht befriedigend, beziehungsweise sie konnten sie nicht glauben. Vor Kurzem wurde eine Verkehrszählung durchgeführt, wobei zusätzlich noch Videoaufnahmen gemacht wurden. Diese Daten werden in den nächsten zwei Wochen von Hand ausgewertet. In etwas vier bis acht Wochen sollten die aktuellen Zahlen vorliegen. Es ist nicht so, dass sie die Zahlen nicht glauben weil sie viel höher sind, sondern weil sie tiefer sind als die Verkehrszählung, welche im Moment aufgeschaltet ist.

Stefan Semela: Zu den **Neueingängen:** Sie finden auf Ihren Tischen die Motion von der SVP-Fraktion „Lohn statt Sozialhilfe“, diese Motion wird an der nächsten Sitzung traktandiert.

2 2015.02 Erscheinungsbild Landstrasse K114 / Kommunalen Richtplan; Rahmenkredit von CHF 350'000

Eintreten wird nicht bestritten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Am 20. September 2011 hat der Grosse Rat den Richtplan genehmigt. Das Kapitel S1.1, Siedlungsqualität und innere Siedlungsentwicklung gibt zu den belasteten Strassenabschnitten folgendes vor:

An Strassenabschnitten, die in Zonen mit Wohnanteilen im Siedlungsgebiet liegen und einen durchschnittlichen täglichen Verkehr (DTV) von mehr als 15'000 Motorfahrzeugen pro Tag aufweisen, sind die Gemeinden verpflichtet, das an die belastete Verkehrsachse angrenzende Siedlungsgebiet durch planerische und bauliche Massnahmen aufzuwerten; bei Kantonsstrassen in Zusammenarbeit mit dem Kanton, sofern der Kantonsstrassenraum betroffen ist. Die Funktionalität der Strasse muss gewährleistet bleiben.

Dabei geht es einerseits um die Interessen der Gemeinde und andererseits handelt es sich um eine gesetzliche Verpflichtung für die Gemeinde.

In § 7 BNO Kommunale Richtpläne steht:

¹ Kommunale Richtpläne zeigen die erwünschte räumliche Entwicklung auf. Sie enthalten Konzepte zu einzelnen Gebieten oder Sachbereichen wie Siedlung, Gewerbe, Verkehr, Freiraumgestaltung, Natur- und Landschaft, Energie usw.

² Richtpläne sind behördenverbindlich und für die nachfolgenden Planungen wegleitend. Zuständig für die Festsetzung ist der Gemeinderat.

Das Erscheinungsbild Landstrasse gehört zu den kommunalen Richtplänen, das bedeutet, dass alle Neubauten entlang der Landstrasse sich künftig dem kommunalen Richtplan „Erscheinungsbild Landstrasse“ unterordnen müssen. Die Landstrasse ist die bedeutendste Verkehrsachse in Obersiggenthal und weist mit einem durchschnittlichen täglichen Verkehr von mehr als 20'000 Fahrzeugen eine hohe Belastung auf. Eine Aufwertung des Strassenraumes ist unter dem Aspekt der enormen Verkehrsbelastung von zentraler Bedeutung.

Es handelt sich mit CHF 350'000 tatsächlich um einen stattlichen Betrag. Davon übernimmt der Kanton, wie Sie gelesen haben, mindestens 1/3 CHF 115'000. Wie Sie in den Unterlagen gesehen haben, hat der Gemeinderat eine hälftige Beteiligung beantragt. Dies weil die Gemeinde Obersiggenthal für den Kanton eine Pilotgemeinde sind mit einem solchen Projekt. Der für uns zuständige Kantonsplaner hat versichert, dass kantonsintern eine 50% Beteiligung angestrebt werde. Die Differenz zu den CHF 115'000, also CHF 60'000 müsste aber innerhalb der Kantonsverwaltung bei einer anderen Kasse beantragt werden und dies dauert noch 2-3 Wochen. Die Chance ist gross, dass beim Kanton eine Beteiligung von 50% erzielt werden kann.

Wäre es nicht möglich, das Erscheinungsbild der Landstrasse mit den Mitteln der Mehrwertabschöpfung zu bezahlen? Diese Frage kann mit ja beantwortet werden. Dies lässt sich aus dem vom Einwohnerrat abgesegneten Text der BNO ableiten. Auch ohne, dass hier ein detailliertes Reglement vorliegt. In der BNO unter §6 Mehrwertausgleich heisst es: *Die Gemeinde hat die Ausgleichszahlung zweckgebunden für Kosten der Raumplanung, Bauten und Anlagen der öffentlichen Infrastruktur sowie Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft zu verwenden.* Das Erscheinungsbild gehört ganz klar zum Element Raumplanung.

Wann kann mit einer ersten Mehrwertabschöpfung gerechnet werden? Wir haben ein Bauprojekt vorliegen, welches bereits bewilligt ist. Es gibt noch eine Auflage in diesem Bauprojekt, dort wird noch mit der Bauherrschaft diskutiert, aber wir leiten daraus ab, dass wir noch im 2015 mit einer ersten Mehrwertabschöpfung rechnen dürfen. D.h. wir hätten dann die Mittel zur Verfügung, so dass das Erscheinungsbild die laufende Rechnung nicht belasten würde. Zudem steht in §6 der BNO: *Die Ausgleichszahlung ist vom Eigentümer im Zeitpunkt der Rechtskraft der Ein- oder Umzonung geschuldet. Die Zahlung wird für die ganze ein- oder umgezonte Fläche innert 30 Tagen nach einem Verkauf oder Teilverkauf oder bei einer Überbauung oder Teilüberbauung vor Baubeginn, spätestens aber nach 6 Jahren ab Rechtskraft fällig.* Aufgrund der Dringlichkeit, im Hinblick auf mögliche anstehende Bauvorhaben entlang der Landstrasse, sollte die Erstellung dieser Richtlinie nicht aufgeschoben werden. Wir bitten euch um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Theo Flückiger: Ich spreche als Vertreter der Fraktion SP/Grüne aber auch als Mitglied der Planungskommission. Das Geschäft hat uns in der Planungskommission schon länger beschäftigt und deshalb ist es mir auch persönlich ein grosses Anliegen, dass wir diesem Geschäft zustimmen. Es geht sicher um den Verkehr, und wir stellen alle fest, dass der Verkehr in unserer Gemeinde immer mehr zunimmt und auch für viele eine Belastung wird.

Im Verkehrsbereich geht es darum, dass man sehr Vieles anschauen kann oder anschauen sollte. Es geht darum, wie wir den immer grösseren Verkehr in Zukunft bewältigen wollen, was sind die Massnahmen zur Verflüssigung des Verkehrs. Man kann aber auch etwas weiter anschauen, wie erschliessen wir die Liegenschaften an der Landstrasse, werden die rückwertig erschlossen? Dann sieht man schon bald, dass Fragen entstehen, welche bereits schon sehr viel weiter gehen, wie nur auf den Strassenraum der Landstrasse. Es geht um Strassenraumgestaltung, ist sie siedlungsorientiert oder verkehrsorientiert. Es geht um den öffentlichen Verkehr, wie bringen wir es fertig, dass dieser flüssig läuft. Es geht aber in unserer Gemeinde auch um den langsamen Verkehr. Wie sind die Querverbindungen über die Strasse in die einzelnen Quartiere? Auch die Parkplätze sind noch ein Thema, wie sind diese geregelt, auch dort gibt es verschiedene Regelungen, dürfen diese direkt von der Strasse aus erschlossen werden

oder nicht. Es gibt viele Zusammenhänge, welche nur den Verkehr betreffen, aber es geht mehr wie nur um den Verkehr.

Es gibt übergeordnete Betrachtungen und Gliederungen in verschiedene Teilbereiche. Es bestehen ganz unterschiedliche Bedürfnisse. In Rieden bestehen andere Bedürfnisse wie im Zentrum von Nussbaumen, in welchem man mit Geschäften ein ganz anderes Dorfbild erreichen kann und will, als in einem Wohnquartier. Es geht aber auch um Freiräume, um öffentliche Räume und Orientierungsorte, dass es nicht einfach ein Durchfahrtsort wird, sondern dass sich die Leute auch orientieren können, wenn sie durch unsere Gemeinde fahren. Es geht um Verweilorte, haben wir Grünflächen dazwischen, hat es Bäume und Bepflanzungen. Es geht um Städtebau, die Gebäudeausrichtungen sind von zentraler Bedeutung. Jeder möchte nach Süden wohnen, aber wenn man auf der einen Strassenseite wohnt und auf der Südseite dann eben die Landstrasse hat, ist es natürlich nicht gleich attraktiv. Und dort geht es darum, dass man Vorgaben macht und das anschaut. Es geht um Nutzungen, wollen wir Gewerbe, wollen wir wohnen, wollen wir öffentliche Einrichtungen, was wollen wir für eine Dichte. Wie soll die Gestaltung sein, soll es zum Beispiel Arkaden haben etc. Ein ganz entscheidender Punkt, wie gehen wir mit dem Schall um? Wenn wir unsere Nachbargemeinden betrachten, dann kann man sehen, dass Untersiggenthal mit Schallschutzwänden reagiert hat. Man fährt durch Schluchten und man hat keinen Ortsbezug mehr. Ist das unsere Wunschvorstellung, wollen wir das? In Wettingen hat man für die Landstrasse einen Masterplan erarbeitet, dieser ist aus meiner Sicht vorbildlich, und dort geht man ganz anders um mit dieser Thematik. Wenn man schaut, was in der Gemeinde alles läuft, dann sieht man, dass es viele Projekte gibt, die direkt mit diesem Geschäft zu tun haben. Wir haben kürzlich darüber diskutiert, ob es in Rieden bei der neu erstellten Bushaltestelle, einen neuen Fussgängerstreifen geben soll. Wir haben vom Oederlin Areal gehört, dass ist an die Landstrasse angebunden. Wir sprechen heute sicher auch noch über die ganze Verkehrsthematik Kirchdorf. Wir haben bereits schon darüber diskutiert, wie man den Veloweg, vom Kirchweg besser in die Landstrasse anbinden könnte. Es gibt viele Projekte, welche an diesem langen Strassenraum anschliessen. Deshalb bin ich der Meinung, ist es ganz entscheidend, dass wir das übergeordnete Konzept anschauen und nicht nur „pflasterliweise“ im einzelnen Punkt eingreifen. Wir sollten wirklich das Ganze grossräumig betrachten und nicht, dass durch eine Massnahme da, wieder eine Konsequenz auf der nächsten Seite ausgelöst wird. Und deshalb ist es wichtig, dass wir dem zustimmen, dass wir eine saubere Auslegeordnung für unsere Gemeinde machen können und dann auch wirklich eine Qualität hinbringen. Ich bitte Sie, dem Geschäft zuzustimmen.

Stefan Semela: Ich stelle fest, dass Dan Meier eingetroffen ist, es sind somit 34 vereidigte Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt 18.

Markus Renggli: Ich teile euch die Fraktionsmeinung der CVP/BDP mit. Die Fraktion hat den Auftrag vom Kanton zur Erstellung von einem kommunalen Richtplan zur Kenntnis genommen und begrüsst grundsätzlich die Möglichkeit gestalterisch entlang der Landstrasse Einfluss zu nehmen und die Möglichkeit zu prüfen. Aus dieser Vorlage, welche wir erhalten haben, ist leider zu wenig ersichtlich, welche Vorgaben, in Bezug auf verdichtetes Bauen, Lärmschutzwert, Wohnraumabgrenzung etc., der Gemeinderat den Planern spezifisch für unsere Gemeinde machen möchte. Die Formulierungen sind sehr allgemein gehalten und quasi 1:1 aus dem kantonalen Richtplan übernommen worden.

Wir sind deshalb der Meinung, dass eine Etappierung von diesen Planungsarbeiten in Phase 1 und Phase 2 möglich und machbar ist und stellen deshalb folgenden Antrag: Die CVP/BDP-Fraktion beantragt Rückweisung des Rahmenkredits zur Erarbeitung des kommunalen Richtplans so wie er jetzt vorliegt. Die Begründung dafür: Der Leistungsumschrieb ist zu wenig klar aus der Vorlage ersichtlich. Eine Etappierung des Planungskredits für Phase 1 und 2 ist möglich und gibt Gemeinderat und Einwohnerrat die Möglichkeit, nach Abschluss der Phase 1 das Projekt inhaltlich zu beeinflussen. Unter Berücksichtigung der Terminvorgabe des Kantons soll eine neue Vorlage bis Abschluss der Phase 1 vorgelegt werden. Zusätzlich ist auch eine Finanzierung aus der Mehrwertabgabe zu prüfen.

Christoph Villiger: Die FDP-Fraktion unterstützt mehrheitlich die Bemühungen und Überlegungen rund um das Thema der Aufwertung von diesem Strassenraum an der Landstrasse. Mit

der neuen Bau- und Nutzungsordnung aus 2014 wurde die Möglichkeit geschaffen, genau solche Planungskosten inskünftig aus dem sogenannten Mehrwertausgleich zu finanzieren. Der Ertrag aus dem Mehrwertausgleich ist zweckgebunden, er muss so verwendet werden, und dient unter anderem der Erfüllung von planerischen Aufgaben. Aus unserer Sicht ist ganz klar, dass diese Planung dazu qualifiziert ist. Da aus der Sicht der FDP-Fraktion, die laufende Rechnung von der Gemeinde nicht belastet werden sollte, möchten wir, dass diese Kosten mit Mitteln aus diesem sogenannten Mehrwertausgleich finanziert werden. Da bisher noch keine Erträge aus dem Mehrwertausgleich verbucht werden konnten, stellen wir konsequenterweise einen Rückweisungsantrag. Sobald diese Erträge aus dem Mehrwertausgleich vorhanden sind, wird die FDP-Fraktion dem entsprechenden Geschäft zustimmen.

Eugen Paul Frunz: Auch die SVP-Fraktion hat über den Kreditantrag beraten. Wir sind der Meinung, dass die Landstrasse in Obersiggenthal nicht zu einer Schlucht aus Lärmschutzwänden, wie es zum Teil in unseren Nachbargemeinden der Fall ist, werden soll. Dafür braucht es eine Planungsgrundlage, an welcher man sich orientieren kann. Für uns ist es allerdings fraglich ob man die CHF 350'000 für die Planung jetzt ausgeben muss. Das Verkehrskonzept in der Region Baden ist noch nicht fertig, wenn wir jetzt ein Konzept auf der aktuellen Situation erarbeiten, wissen wir nicht, ob dies auch in Zukunft mit dem Verkehrsfluss in der Region Baden kongruent ist.

Dass der Kanton die Planung vorschreibt ist richtig, was uns aber fehlt, ist eine Frist, bis wann diese Planung umgesetzt werden muss. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Kanton eine Frist von lediglich 5 Jahren setzt. Für uns ist es daher nicht nötig, dass man die Planung jetzt schon an die Hand nimmt. Heute Abend haben wir auf der Traktandenliste unter anderem eine ausserplanmässige Strassensanierung, welche unser Budget belastet. Wenn wir jetzt die Kosten von CHF 350'000 zurückstellen, können wir unser Budget etwas entlasten bzw. den Mehrkosten dieser Strassensanierung etwas entgegenwirken.

Erich Schmid: Ich habe eine Frage an den Gemeinderat, betreffend dem Mehrwertausgleich. Wenn wir heute dem Antrag zustimmen, würden diese Kosten den Mehrwertausgleich belasten oder geht es noch auf die Gemeindekasse? Mit Hinblick auf den Rückweisungsantrag der FDP ist dies sicherlich interessant, dann stellt sich nur noch die Frage ob wir den Kredit jetzt bewilligen oder erst nächstes Jahr.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir erwarten den Mehrwertausgleich in absehbarer Zeit, aber mehr kann ich Ihnen heute auch nicht genau sagen. Es ist alles ausgesteckt, es steht alles bereit für den ersten Spatenstich, ich persönlich bin der Ansicht, dass wir relativ bald über das Geld verfügen können. Aber auch wenn das Geld erst im Herbst zur Verfügung steht, belastet dies die Gemeindekasse nicht. Diesen Betrag würde auf jeden Fall aus der Mehrwert-ausschöpfung beglichen werden.

Ich finde die Idee, das Erscheinungsbild einfach nach hinten zu schieben, weil irgendwo noch andere Verkehrsideen entstehen, nicht so glücklich. Jetzt kann noch Einfluss auf geplante Bauten genommen werden, sofern Richtlinien vorliegen. Solange diese nicht vorhanden sind, kann gebaut werden was will und dies ist nicht unbedingt im Sinne der Sache. Deshalb wurde das in der BNO so vermerkt, dass diese Richtlinien gemacht werden müssen. Ich bitte sie, den Antrag zu unterstützen. Es sollte nicht noch länger zugewartet werden, da es ein Hilfsmittel sein soll, welches sinnvoll eingesetzt werden kann.

Markus Renggli: Ich habe noch eine Frage zu unserem Vorschlag mit der Etappierung und dieser Frist. Wir wollen nicht, dass das Projekt total beerdigt wird, sondern dass wir etwas mehr Fleisch am Knochen haben. So wie es jetzt aussieht, handelt es sich um einen Blankocheck an die Planer. Wäre es möglich, möglichst schnell oder innert dieser Frist eine neue Vorlage zu machen?

Dieter Martin, Gemeindeammann: In der Phase 1 hat es auch einen Informationsteil. Ich bin der Meinung, dass hier eine gewisse Mitwirkung stattfindet. Es wird sicher informiert und unsere gemeinderätlichen Kommissionen werden auch dabei sein. Es ist nicht so, dass wir gar keinen Einfluss nehmen können. Aber sicher ist, dass der Kanton dabei sein wird, da er sich finanziell

beteiligt und somit auch ein Mitspracherecht möchte. Es ist immer noch das Projekt von Obersiggenthal, es spielen aber hier verschiedene Faktoren hinein. So wie es angedacht ist, ist es meiner Meinung nach nicht falsch. Unsere Kommissionen werden eingebunden sein und es bestehen noch Einflussmöglichkeiten.

Markus Renggli: Und diese Frist vom Kanton kennt man nicht?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Eine Frist besteht eigentlich nicht. Ich bin der Meinung, dass wir uns nicht an eine Frist halten müssen, sondern dass wir unsere eigenen Interessen umsetzen. Es ist in unserem Interesse, dass wir baldmöglichst ein Instrument haben, um Einfluss nehmen zu können.

Erich Schmid: Eine Frist kann es nicht geben, wenn es sich um eine Pilotgemeinde handelt. Es wäre etwas speziell, ein Pilotprojekt durchzuführen und eine Frist zu erhalten. Ich möchte nochmals auf das Votum von Theo Flückiger zurückkommen, dass die Planungskommission das Vorhaben forciert. Ich war auch in der Planungskommission, bin im 2005 ausgetreten, und wir haben die Landstrasse bereits von 1997 bis 2005 behandelt. Es geht also eine gewisse Zeit, bis etwas so weit ist. Die Landstrasse muss man angehen, in jedem Jahr, welches wir zuwarten, werden Bauherren noch Projekte verwirklichen können, welche nicht mehr hinein passen. Ich bin klar dafür, dass wir diese Sache endlich angehen, und dass man deshalb die Planung vorantreibt. Von der SVP Seite kam, dass man das Strassenkonzept vom Kanton hat. Ja, das ist so, aber in einem Jahr ist das nächste „Täli“ auch wieder im Tun. Der Richtplan ist nun vorbei, vor einem Jahr konnte man es wegen dem Richtplan nicht machen. Es findet sich immer ein Grund, um wieder ein Jahr zu warten. Man kann es immer wieder herausschieben, und irgendeinmal muss man Pflöcke einschlagen. Die Frage zum Mehrwertausgleich, welchen wir verwenden können, das hat vor allem die FDP forciert, wurde vom Gemeindeammann beantwortet. Die CVP/BDP kommt mit dem Rückweisungsantrag, dass wir das in Phasen machen, damit nicht CHF 350'000 ausgegeben werden, erst später informiert wird und wir am Schluss überhaupt nicht zufrieden sind. Ich denke einen Zwischenstopp und eine Öffentlichkeitsarbeit oder die Diskussion im Einwohnerrat sind der richtige Weg. Wenn wir jetzt die CHF 200'000, somit gut die Hälfte ausgegeben haben, wäre der richtige Moment um das Projekt zu stoppen. In der Tabelle ist die Öffentlichkeitsarbeit als drittletzter Punkt aufgeführt, diese kommt zum Zeitpunkt in welchem das Projekt bereits beendet ist und die CHF 341'000 verplant sind. Ich finde es nicht sehr gut, wenn man erst dann feststellt, dass man nicht in die richtige Richtung geht. Klar, die Planungskommission und die Verkehrskommission reden frühzeitig mit, aber ich denke die öffentliche Diskussion sollte als Zwischenhalt eingelegt werden. Aus diesem Grund auch unser Antrag, ich bitte den Rat diesen auch entsprechend zu unterstützen. Ich denke, dass man das Geschäft im Mai wieder bringen könnte. Die Grundlagen sind geschaffen und dass sollte eine nicht allzu grosse Arbeit sein, diesen Antrag zu mutieren und in der Maisitzung wieder vorzulegen.

Christoph Villiger: Ich möchte noch etwas klarstellen Erich. Für uns ist die Reihenfolge wichtig. Der Gemeinderat soll das Geschäft wieder bringen, wenn die Mittel in der Mehrwertabgabe zur Verfügung stehen.

Patrick Hehli: Der Antrag der CVP-Fraktion ist mir wirklich auch sympathisch. Wir haben in den Voten gehört, dass alle der Meinung sind, man sollte die Planung zur Hand nehmen, aber man konnte auch viele Argumente hören, welche nicht dafür sprechen. Seien es die Finanzen oder seien es die detaillierten Erklärungen oder sogar ausstehende Anträge betreffend der kantonalen Beteiligung. Ich denke, wenn wir das Ganze, gemäss dem Antrag der CVP etappiert machen, dann kann man den Antrag auch möglichst schnell wieder bringen. Ich möchte es bleibt machen, dass der Gemeinderat die Voten, welche hier gefallen sind, auch in die folgende Vorlage aufnimmt. Dass man die Punkte, welche heute als Argument oder als Gegenargument gebracht wurden, dem Einwohnerrat möglichst aufzeigen kann. Im Moment ist es so, dass man die grosse Summe sieht, und die Katze im Sack kauft.

Dieter Martin, Gemeindeammann: In einem Richtplanprozess ist kein Mitwirkungsverfahren vorgesehen. Ich möchte nicht, dass der Einwohnerrat das Gefühl hat, er müsse in die Etappierung Einfluss nehmen, das finde ich unglücklich. Es arbeiten verschiedene Fakultäten, Kanton, Gemeinde und Planungsteams an diesem Projekt und ich würde es denen überlassen, die wissen um was es geht. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass es sich um ein Projekt handelt und wir alle nicht genau wissen, auf was man dann genau schaut. Weil es ein Pilotversuch ist, beteiligt sich der Kanton auch mit einem rechten Anteil. Der Kanton möchte hier halt doch auch mitreden und dann finde ich es nicht ideal, wenn der Einwohnerrat zu viel Einfluss nehmen will. Meines Erachtens ist es wichtig, dass wir das aus der Mehrwertabschöpfung bestreiten können, damit die Betriebsrechnung nicht belastet ist. Ich kann ihnen nicht sagen, ob wir die Mehrwertabschöpfung übermorgen bereits schon haben. Wir werden mit Bestimmtheit nicht die Gemeindekasse belasten, sondern das Geld wird aus der Mehrwertabgabe genommen.

Patrick Hehli: Du hast erwähnt, dass es ein Pilotprojekt ist. Pilotprojekte können immer zwei Seiten haben. Die gute, dass wir ziemlich die Ersten sind, welche einen Nutzen daraus ziehen. Es kann aber auch die andere Seite sein, dass beim Pilotprojekt gewisse Erkenntnisse aus Fehlern gezogen werden, von denen andere profitieren können. Laufen noch in anderen Gemeinden Pilotprojekte, oder sind wir wirklich die Einzigen?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es gibt sicher Gemeinden, welche sich damit auseinandersetzen, aber ein konkretes Pilotprojekt ist mir nicht bekannt.

Theo Flückiger: Es gibt verschiedene Projekte, welche heute eigentlich bereits genau das aufzeigen, welche aber von der Gemeinde selber in Auftrag gegeben worden sind. Der Pilot an diesem Projekt ist, dass der Kanton eine Auflage gemacht hat und das Ganze zusammen mit dem Kanton läuft. Auf der Website der Gemeinde Wettingen gibt es zum Beispiel den Masterplan Landstrasse, dabei handelt es sich um ein Dokument mit 54 Seiten, sehr umfangreich und gut aufgearbeitet. Dieses Dokument deckt eigentlich das ab, was meiner Meinung nach bei einer solchen Planung herauskommen sollte. Ich denke, es gibt verschiedene solche Projekte, welche bereits gelaufen sind, aber unter anderem Patronat.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Rückweisungsantrag der CVP/BDP, SVP und FDP: Der Rahmenkredit von CHF 350'000 für die Erarbeitung eines Kommunalen Richtplans für das Erscheinungsbild entlang der Landstrasse K 114 zur Umsetzung des Richtplanbeschlusses S1.1/1.4 ist zurückzuweisen. Der Rückweisungsantrag wird mit 28 Ja- zu 6 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

3 2015.03 Betreibungsamt Siggenthal-Lägern; Genehmigung Gemeindevertrag

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Dieter Martin, Gemeindeammann: Seit 2010 pflegen wir im Betreuungswesen eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Gemeinden Ennetbaden und Untersiggenthal. Es konnten damit Synergieeffekte erzielt werden. Die Führung des Betreibungsamtes erfolgte für die Gemeinden in der Regel kostenneutral und dank des grossen Amtes konnte auch genügend qualifiziertes Personal angestellt werden. Die Zusammenarbeit im Betreuungswesen soll nun auf die Gemeinden Ehrendingen und Freienwil erweitert werden. Durch eine personelle Ver-

änderung in Ehrendingen hat sich die Gelegenheit ergeben, unser Betreibungsamt regional noch etwas auszubauen. Dies musste allerdings per 1. Januar 2015 geschehen.

Der bestehende Gemeindevertrag hat sich grundsätzlich bewährt. Neu wird in Ehrendingen eine Aussenstelle geführt, weil die Büros in Nussbaumen für die Einwohner aus Ehrendingen und Freienwil mit dem öffentlichen Verkehr nur über Umwege erreichbar sind. Das Büro in Ehrendingen wird alternierend mit Personal in Nussbaumen besetzt. Ohne, dass dies zusätzliche Kosten generiert. Die Führung einer Aussenstelle macht zu dem Sinn, weil in Nussbaumen nicht ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Die Gebührenerträge werden mit dem neuen Vertrag im Verhältnis zu den eingegangenen Betreibungsbegehren verteilt. Bisher wurden die Gebühren den Geschäftsfällen in den Gemeinden zugeordnet, was teilweise zu unterschiedlichen jährlichen Überschüssen geführt hat. Die neue Aufteilung erscheint dadurch fairer und ist auch für die Verteilung der Kosten einfacher und transparenter.

Aufgrund ihrer Gemeindeordnungen, welche den Gemeinderat dazu legitimieren, konnte der neue Gemeindevertrag von den Gemeinden Ehrendingen, Ennetbaden, Freienwil und Untersiggenthal bereits unterzeichnet werden. Laut § 38, Ziffer 11 der Gemeindeordnung von Obersiggenthal sind Gemeindeverträge, deren Folgen für die Gemeinde oder unmittelbar ihrer Einwohner von erheblicher Bedeutung sind, dem Einwohnerrat vorzulegen. Obwohl mit der Integration des Amtes Ehrendingen-Freienwil nicht mit Mehrkosten für die Gemeinde Obersiggenthal gerechnet wird, ist der Gemeindevertrag aufgrund der damit verbundenen notwendigen Personalaufstockung, gemäss §38, Ziffer 15 der Gemeindeverordnung dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorzulegen. Mit den beantragten zusätzlichen 130 Stellenprozent bleiben wir unter den vom Kanton empfohlenen 150 Stellenprozent. Wir sind überzeugt, diese 20% mit Synergieeffekten substituieren zu können.

Für die bisherigen Vertragsgemeinden war die Führung des Betreibungsamtes bisher kostenneutral. Je nach Gebühreneinnahmen konnten in einzelnen Gemeinden teilweise sogar erhebliche Überschüsse erzielt werden. Mit der Zusammenlegung der Ämter Siggenthal-Ennetbaden mit Ehrendingen-Freienwil erwarten wir einen weiteren Synergieeffekt.

Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat den Einwohnerrat die Zustimmung zu seinen Anträgen.

Josef Sieber: Die CVP stimmt dieser Vorlage einstimmig zu, es ist sinnvoll Synergien zu nutzen und die Betreibungsämter zusammenzulegen. Im neuen Vertrag sollen Gebühren nach einem anderen System abgerechnet werden. Wir möchten vom Gemeinderat noch genau wissen, was der Unterschied zwischen einem Geschäftsfall und einem Betreibungsbegehren ist.

Anton Meier, Gemeindeschreiber: Es gibt Betreibungen, Zahlungsbefehle und Geschäftsfälle. Eine Betreibung ist jedes Gesuch, welches im Betreibungsamt eingereicht wird. Dazu gehören auch Gesuche, welche überhaupt nicht in den Zuständigkeitsbereich dieses Betreibungsamtes gehören und zurückgewiesen werden müssen. Dann führt das selbstverständlich nicht zu einem Zahlungsbefehl, deshalb gibt es einen Unterschied zwischen Betreibung und Zahlungsbefehl.

Beim Geschäftsfall kommen weitere Vorfälle dazu. Nicht jeder Zahlungsbefehl führt zu einer Pfändung, Verwaltung, Vollzug oder einer Versteigerung. Deshalb werden alle Vorfälle, welche in einem Schuldner- und Gläubigerverhältnis vorkommen können subsumiert. Nach dem alten Vertrag wurden die Erträge nach Geschäftsfällen den Gemeinden zugewiesen, dies führte zu unterschiedlichen Ertragssituationen. Mit dem neuen Vertrag werden die Erträge nach den eingegangenen Betreibungen verteilt, diese Verteilung ist gleichmässiger und über die Jahre gibt es keine grossen Unterschiede mehr.

Ursula Haag: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag vom Gemeinderat für die Erhöhung um 130 Stellenprozent für das Betreibungsamt Siggenthal-Lägern. Wir sind allerdings unzufrieden damit, dass die Verträge schon abgeschlossen und seit dem Januar 2015 in Kraft sind. Wir können somit wieder einmal nur den Kopf nicken. Wir haben zu diesem Vertrag noch einige Fragen. Wie lange hat sich Herr Fischer bei uns verpflichtet? Wie werden die Mitarbeiter in der Aussenstelle eingesetzt, ist es ein Rotationsystem vorgesehen? Wie reagieren die Mitarbeiter, welche in Ehrendingen eingesetzt werden auf den veränderten Arbeitsweg?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Dominik Fischer ist mit einem Pensum von 100% angestellt und hat bei uns einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Mitarbeiter arbeiten nach einem wöchentlichen Rotationsprinzip und empfinden die Veränderung als positiv, denn es ist eine Art Jobenrichment. Der Arbeitsort befindet sich in dieser Woche in Ehrendingen und da alle Mitarbeiter aus der näheren Umgebung sind, entsteht kein Problem in Bezug auf eine Spesenentschädigung.

Patrick Hehli: Ich habe einen vertraglichen Arbeitsplatz zugesichert. Ich habe keine Kenntnis davon wo diese Mitarbeiter wohnen. Wenn ich als Mitarbeiter bis anhin bequem mit dem Bus ins Gemeindehaus zur Arbeit fahren konnte, und jetzt der Arbeitgeber sagt, dass ich nächste Woche in Ehrendingen bin, muss das doch mit Spesen abgegolten werden. Wir alle wissen wie „super“ die Verbindungen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nach Ehrendingen sind.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir müssen aber auch kein Problem machen, wo keines ist. Die Mitarbeiter kommen zum Teil aus dieser Gegend, eine Mitarbeiterin wohnt sogar in Ehrendingen. Bei diesen Mitarbeitern, welche wir im Moment haben passt es einfach.

Patrick Hehli: Ich möchte einfach keine Überraschungen im Budget, in Bezug auf Stellenprozente und Spesen.

Ursula Haag: Ich habe noch eine Frage zu Herrn Fischer. Das Ganze ist doch wegen ihm entstanden und jetzt wurde er aber vertraglich überhaupt nicht verpflichtet, dass er zwei, drei oder vier Jahre bei uns bleibt. Wenn es ihm nicht passt, dann kann er ja jederzeit wieder gehen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Also erstens machen wir das nicht wegen Herrn Fischer. Wir haben ihn als ausgezeichneten Mitarbeiter kennengelernt und wollten ihn behalten. Unser Personalreglement sieht eine Verpflichtung aufgrund dieser Situation nicht vor. Wir verpflichten einen Mitarbeiter nur, wenn er in eine spezielle Ausbildung geschickt wird, und er sich allenfalls an den Kosten beteiligen muss, wenn er frühzeitig seinen Arbeitsvertrag kündigt.

Stefan Semela: Ich stelle fest, dass vor der Abstimmung Ueli Zulauf eingetroffen ist, es sind somit 35 vereidigte Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt 18. Wir stimmen über beide Anträge zusammen ab.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Die Erhöhung um 130 Stellenprozente für das Betriebsamt Siggenthal-Läggern wird bewilligt. Der Gemeindevertrag zwischen den Gemeinden Ennetbaden, Ehrendingen, Freienwil, Ober- und Untersiggenthal wird genehmigt. Der Antrag wird mit 33 Ja- zu 1 Neinstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

4 2015.04 Gemeindesaal Nussbaumen; Ersatz der Lichtsteuerung; Verpflichtungskredit von CHF 98'000

Eintreten wird nicht bestritten.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Wir bitten Sie dieser Vorlage jetzt zuzustimmen. Wir hätten sie Ihnen gerne letztes Jahr im Herbst vorgelegt, das hat leider nicht geklappt, aber

jetzt wird es relativ dringend. Wir möchten diese Arbeiten gerne in den Sommerferien erledigen, damit der Gemeindesaal anschliessend wieder genutzt werden kann. In den Frühlingferien sind die Arbeiten nicht möglich, weil der für den Auftrag vorgesehene Elektriker mit nicht einmal ganz zwei Wochen (wegen Ostern) zeitlich nicht durch käme.

Der Gemeinderat hat sich tatsächlich entschieden, für einmal nur eine Offerte einzuholen. Im Laufe der letzten Jahre wurde immer dieser Elektriker geholt, wenn etwas nicht klar war oder nicht funktionierte, und das war ziemlich oft der Fall. Er wurde dadurch, aber nur in diesem Fall zum „Hoflieferanten“ der Gemeinde. Das war aber auch durchaus im Interesse der Gemeinde, weil ein neuer Elektriker jedes Mal einen halben Tag gebraucht hätte, um zu verstehen, wie das Ganze funktioniert und dann vielleicht nochmal einen halben Tag, um das Problem zu beheben. Er musste viel machen in den letzten Jahren. In nur 3 ½ Jahren, d.h. von August 2012 bis Februar 2015 hat die Gemeinde allein für Reparaturen CHF 7'900 bezahlt. Es ist also wirklich dringend.

Sie können davon ausgehen, dass die Steuerung selber CHF 40'000 kostet, dafür gibt es eine Offerte und diese Kosten müssten wir bei jedem Elektriker bezahlen. Die Arbeiten inkl. Material und die Installationsanpassungen machen etwa CHF 50'000 aus. Wenn sie wollen, dass wir eine weitere Offerte einholen, dann kann das die Gemeindeverwaltung nicht machen. Für eine Submission bei mehreren Unternehmen müssten wir ein Planungsbüro beauftragen und das würde mindestens CHF 10'000 kosten. Aus diesem Grund haben wir dieses Mal auf eine Submission verzichtet. Ich kann ihnen versichern, dass es nur für einmal so ist. Von daher bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Patrick Hehli: Ich glaube ich stehe auf einer Leitung. Warum kann man als Gemeinderat eine Offerte einholen, aber zwei nicht, dafür benötigt man ein Planungsbüro?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Weil das Ganze in der Zwischenzeit so kompliziert ist, dass jemand der das heutige System verstehen sollte, viel länger hätte. Wir müssten von einem Elektroplaner ein Elektro-Devis ausarbeiten lassen.

Daniel Jenni: Wir haben diese Vorlage in der Fraktion diskutiert und sind alle einstimmig zur Annahme dieser Vorlage. Die Lichtsteuerung im Gemeindesaal ist alt, funktioniert nur noch partiell, der Unterhalt ist teuer und Ersatzteile gibt es eigentlich keine mehr. An einem Ersatz führt eigentlich kein Weg vorbei. Entweder man möchte den Gemeindesaal noch nutzen oder man will ihn nicht mehr nutzen. Die geplante Erneuerung ist für uns massvoll und zweckmässig und mit der aktuellen Vorlage innert relativ kurzer Frist zu realisieren. So dass wir den aktuell, aus Sicherheitsgründen erlassenen Belegungsstopp bald möglichst wieder aufheben können. Die Kosten sind aus unserer Sicht kaum tiefer zu realisieren, so dass wir diesem Kredit zustimmen wollen.

Christian Keller: Die Fraktion SP/Grüne hat das Geschäft auch besprochen und wir sind relativ schnell zum Entschluss gekommen, dass wir das jetzt zur Hand nehmen müssen. Es macht keinen Sinn, wenn wir einen Gemeindesaal haben, welcher nicht genutzt werden kann. Bei den Kosten haben wir uns gefragt, weshalb es nur eine Offerte gibt. Ich habe bei der Abteilung Bau und Planung bei Herrn Peter Siegenthaler nachgefragt, er hat mir die Situation genauso erklärt, wie sie uns auch Marie-Louise vorher versucht hat nahe zu bringen. Es macht in diesem Fall wirklich am meisten Sinn, wenn man bei dem Elektriker eine Offerte einholt, welcher diese Anlage bereits gut kennt und sie seit Jahren betreut. Wenn ein Elektroingenieur alles neu planen müsste, müsste man dafür einen erheblichen Batzen ausgeben. In diesem Sinn bitte ich euch, dieser Vorlage zuzustimmen.

Lukas Füglistler: Die SVP-Fraktion hat dieses Geschäft auch beraten. Grundsätzlich sind wir auch der Meinung, dass man die Sanierung an die Hand nehmen muss. Es kann nicht sein, dass wir einen Gemeindesaal haben, diesen aber nicht vermieten darf. Wir stossen uns daran, dass nur eine Offerte vorliegt. Aufgrund meines Fachwissens ist es nicht zwingend ein Planungsbüro zu beauftragen, man hätte auch einfach eine weitere Offerte bei einem zweiten Elektriker einholen können.

Peter Marten: Die FDP-Fraktion unterstützt das Geschäft. Wir sind überrascht, dass man bei einem solchen grossen Auftrag nur eine Offerte einholt. Wir sind der Meinung, dass man denjenigen der die Offerte eingereicht hat, eigentlich in eine blöde Situation gebracht hat. Die FDP wird das Geschäft unterstützen.

Stefan Semela: Da sich der Elektriker im Saal befindet, bitte ich ihn, den Saal für die Abstimmung zu verlassen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt: Für den Ersatz der Lichtsteuerung im Gemeindesaal wird ein Verpflichtungskredit von CHF 98'000 genehmigt. Der Antrag wird mit 35 Ja- zu 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

- 5 2015.05 Schulstrasse Nussbaumen**
a) Verpflichtungskredit von CHF 96'000 für die Strassensanierung
b) Verpflichtungskredit von CHF 326'000 für den Ersatz der Wasserleitung
c) Verpflichtungskredit von CHF 175'000 für den Neubau der Kanalisationsleitung

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Vizeammann: Mittels Folien wird die Situation der Schulstrasse präsentiert. Wir haben hier eine Sanierung von einer Strasse, bei welcher das Prozedere auf eine andere Art ablief, wie es normalerweise der Fall ist. Normalerweise plant man die Sanierung von Strassen auf eine andere Art. Wir haben pro Jahr zwei Werkskoordinationssitzungen, bei welcher alle Werke zusammenkommen und darüber befinden, welche Anliegen bestehen, was saniert werden muss. Meistens ist es so, dass die Gemeinde sagt, welche Strassen sie sanieren wollen und dann die Werke anfragt, ob bei ihnen auch noch Bedürfnisse bestehen, um in dieser Strasse etwas zu machen. In diesem Fall ist es so, dass bei der EGS bereits seit mehreren Jahren der Wunsch einer Sanierung bestand. In der Zwischenzeit ist der Zustand der Stromversorgung bei diesem Abschnitt Schulstrasse so schlecht, dass nicht mehr zugewartet werden kann. Die EGS hat trotzdem bei der Gemeinde noch nachgefragt, ob wir auch noch Anliegen haben, welche sie bei der Schulstrasse einbinden können. Sie haben uns die Dringlichkeit der Sanierung schriftlich bestätigt, und uns mitgeteilt, dass es für sie keine andere Variante gibt.

Eine provisorische Erschliessung mit einer oberirdischen Mittelspannungsleitung ist technisch sehr aufwendig und teuer. Entlang der Fussgängerpassage im Markthof sowie von der Schulanlage her, ist sie aus sicherheitstechnischen Überlegungen nicht machbar.

Wir haben im 2017 das Projekt in der Feldstrasse, bei dem wir den Greppenbach mit einem grösseren Rohr ausstatten müssen. Zurzeit fliesst das Strassenabwasser von der Feldstrasse in den Greppenbach, dies ist illegal, deshalb muss es behoben werden. Wir haben in dieser Strasse noch keine Kanalisation, der Zufluss wäre in der Schulstrasse und d.h. für uns, dass das Zwischenstück fehlt. Im 2017 müsste die Schulstrasse sowieso aufgerissen werden, das ist im Investitionsplan bei den Kosten der Feldstrasse bereits berücksichtigt, um das Stück der Kanalisation noch hineinzulegen. Wenn die EGS ihre Arbeiten ausführt, macht es Sinn, wenn wir die Kanalisation gleichzeitig machen. Die Einsparungen der vorgezogenen Sanierung betragen ca. CHF 15'000.

Es gibt zurzeit unterirdisch noch einen freien Platz in dieser Strasse, diesen würde gerne die EGS in Anspruch nehmen. Wir haben dort eine Graugusswasserleitung, welche spröde ist. Beim

Aufreissen der Strasse besteht die Gefahr, dass es mit höchster Wahrscheinlichkeit zu Rohrleitungsbrüchen kommt. 1950 wurden die letzten Graugussleitungen verlegt, d.h. dass diese Leitung ca. 60 Jahre alt ist. Wir hatten in den letzten Jahren bereits schon fünf Wasserleitungsbrüche, welche aufzeigen, dass Handlungsbedarf besteht. An dieser Wasserleitung hängen rund 240 Kunden, und deshalb haben wir uns mit der EGS darauf geeinigt, dass wir den freien Platz für die Wasserleitung in Anspruch nehmen werden. An der Stelle, an der jetzt die alte Graugussleitung ist, wird die EGS ihre neue Rohrblockanlage bauen. Wir haben dadurch einen Synergienutzen von CHF 25'000.

Die Kosten für die Strassensanierung belaufen sich auf CHF 96'000. Die der Kanalisation betragen CHF 175'000, diese Kosten sind im Investitionsplan vom Abwasser bereits berücksichtigt. Dabei handelt es sich um Gebührengelder, diese Kasse ist voll, deshalb sind keine Gebührenerhöhungen vorgesehen. Die Wasserleitung soll jetzt ersetzt werden, diese Kosten sind allerdings nicht im Investitionsplan vorgesehen. Dieser ausserordentliche Ersatz einer 60-jährigen Wasserleitung wird aber nicht zu einer Erhöhung der Gebühren führen.

Die Submission der Sanierung war im Februar/März 2015 und der Baubeginn ist für den Mai 2015 geplant. Die Bauarbeiten sollten im September 2015 beendet sein. Ich möchte sie darauf hinweisen, dass diese Strasse letztmals 1985 saniert wurde, bei dieser Sanierung wurden allerdings keine Werksleitungen ersetzt.

Wenn die EGS diese Strasse nun aufreisst, sind wir der Meinung, dass wir mit den anderen beiden Werken mitziehen sollten, damit wir danach nicht noch mehr Unannehmlichkeiten für die Anwohner haben. Deshalb bitten wir sie, dem Antrag zuzustimmen.

Urs Müller: Die Fraktion SP/Grüne unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Wir hatten allerdings das Gefühl, dass es nicht ideal ist eine Strasse aufzureissen, welche noch in einem recht guten Zustand ist. Wir wissen auch nicht, wie gut die Koordination mit der EGS nicht doch noch möglich gewesen wäre. Wenn diese Strasse schon aufgerissen wird, dann hätten wir noch zwei Anliegen, welche berücksichtigt werden sollten. Das betrifft die Baumallee, da hat der Gemeinderat bereits selber festgestellt, dass diese Rabatten eigentlich zu klein sind und vergrössert werden sollten. Wenn das nicht jetzt gemacht wird, dann wird dieser Zustand nicht mehr verändert, weil die Folgekosten wären sicher höher als die CHF 20'000, welche man jetzt in die Hand nehmen müsste. Ich habe gesehen, dass es bereits Stellen gibt, an welchen die Wurzeln die Ränder der Rabatten hinauf drücken oder bereits in die Strasse hineinwachsen. Wenn man eine Baumallee möchte, muss man diesen Bäumen mehr Platz geben.

Um Folgeschäden bei den Randabschlüssen und beim Strassenbelag zu vermeiden, stellen wir deshalb den Antrag, dass die zu kleinen Rabatten der Alleebäume vergrössert werden, dazu wird der Verpflichtungskredit um CHF 20'000 aufgestockt.

Jeder Velofahrer weiss, dass wenn man über die Kopfsteinpflaster fährt, dass es „holpert“. Diese Kopfsteinpflaster wurden als Verkehrsberuhigungsmassnahmen gemacht, heute plant man solche Abschnitte so, dass der Velofahrer nicht mehr darüber fahren muss. Es wäre jetzt die Gelegenheit, auf beiden Seiten der Schulstrasse beim Strassenabschnitt mit Kopfsteinpflaster einen asphaltierten Streifen für Velofahrer zu machen. Die Abteilung Bau und Planung hat mir auf Anfragen hin mitgeteilt, dass sie prüfen, ob das technisch machbar ist. Wenn dieses Vorhaben ohne Mehrkosten realisierbar wäre, könnte es umgesetzt werden.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion stimmt dem Kredit Strassensanierung Schulstrasse zu. Allerdings sind auch wir von der SVP etwas befremdet darüber, dass in diesem Fall die EGS die Sanierung in einer Art erzwingt, obwohl diese bereits schon länger im Gespräch war. Wir möchten Bitten, dass die Gemeinde in Zukunft, was die Koordinierung betrifft der EGS besser zuhört, damit solche Sanierungen früher aufgenommen und somit auch im Investitionsplan berücksichtigt werden können.

Erich Schmid: Die Vorlage zur Schulstrasse hat in der CVP/BDP-Fraktion viel zu reden gegeben. Die Vorlage des Gemeinderates ist zwar klar, es stört uns aber, dass hier irgendwie ein Absprachefehler vorliegt. Es wurde ebenfalls darüber diskutiert, ob es Sinn macht eine Strasse zu sanieren, welche ganz ist und eine Wasserleitung, welche bis jetzt noch einigermaßen funktioniert hat, frühzeitig zu ersetzen, d.h. eine vorgezogene Investition zu machen, damit man den Synergieeffekt nutzen kann.

Die Synergieeffekte sind sicher vorhanden, Franziska Grab hat einiges nachgeliefert, dieser beträgt CHF 45'000. Diese Synergieeffekte haben bei der CVP dazu geführt, dass eine kleine Mehrheit ganz knapp dafür ist, dass man diese Strasse mit den Werkleitungen saniert. Es wird aber sicher auch Stimmen von der CVP geben, welche dagegen sind.

Von meiner Seite her noch ein persönliches Statement dazu. Wenn man die Kanalisation anschaut, ist es für mich ein MUSS, dass man den Antrag c) bewilligt. Diese Sanierung wird in 2 Jahren kommen, und es macht absolut keinen Sinn, eine Strasse innerhalb von zwei Jahren zwei Mal aufzureissen.

Bei der Wasserversorgung ist die Situation so, dass die bestehenden 60-jährigen Graugussleitungen sehr spröde sind. Das ist der technische Aspekt den wir einfach berücksichtigen müssen. Es ist gut möglich, dass man während der Ausführung diverse Brüche hat, welche man dann reparieren muss. Dadurch besteht die Gefahr, dass dann auf der gesamten Schulstrasse div. Arten von Rohren liegen. Ich bin deshalb dafür, dass man die Wasserversorgungsleitung ebenfalls auswechselt und die Synergieeffekte nutzt, weil es nachhaltiger ist.

Die Finanzspezialisten wissen es, HRM2 hat für die Wasser- und Abwasserleitungen eine Abschreibungsdauer von 50 Jahren. Diese Leitungen sind nun 65 Jahre alt, es gibt Leitungen, die bereits seit 100 Jahren halten. Wenn man eine Baustelle hat, dann besteht die Gefahr, dass die bestehenden Leitungen aufgrund von Erschütterungen etc. nicht mehr halten. Deshalb bin ich persönlich klar dafür, dass wir diese Strasse angehen und den Anträgen vollumfänglich zustimmen.

Olivier Moor: Die FDP-Fraktion hat sich ebenfalls intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt, ist aber diesen drei Verpflichtungskrediten gegenüber eher kritisch. Einerseits sehen wir ganz klar die Synergien, welche sich ergeben, aber andererseits, so ist es in der Vorlage vermerkt, sehen alle anderen Werke der Gemeinde keinen aktuellen oder dringenden Handlungsbedarf.

In der Erhebung 2014 von der Gemeinde wurde der Strassenzustand mit „Mittel bis gut“ beurteilt. Von Seiten der Wasserversorgung ist die Auswechslung der Kanalisation nicht prioritär eingestuft, sie ist grundsätzlich noch gut, aber natürlich mit dem Risiko, das aufgezeigt wurde. Auch die Kanalisation ist in einem guten Zustand. Diese Aspekte haben bei uns dazu geführt, dass wir hier keinen aktuellen Handlungsbedarf sehen und die drei Verpflichtungskredite eher ablehnen werden.

Franziska Grab, Vizeammann: Es gab auch schon die Situation, dass bei der Gemeinde Strassensanierungen anstanden und die anderen Werke keinen dringenden Handlungsbedarf hatten. Sie zogen trotzdem mit, weil sie sahen, welche Synergien sie daraus ziehen können. Man sollte sich jetzt nicht davon beirren lassen, nur weil die EGS die Sanierung vorantreibt. Die Kanalisation muss früher oder später sowieso saniert werden, dann reissen wir die Strasse nachher wieder am selben Ort auf.

Stefan Semela: Ich komme zurück auf den Prüfungsantrag, betreffend der Kopfsteinpflaster darüber kann nicht direkt abgestimmt werden. Der Gemeinderat nimmt den Antrag gerne entgegen und wird ihn prüfen.

Marcel Müller: Wir von der SVP-Fraktion sind grundsätzlich auch nicht Feuer und Flamme für diese Vorlage. Was heute in den Zeiten von Finanzknappheit, auch in der Bevölkerung schwierig zu vermitteln ist, ist dass man diese Strasse innerhalb von zwei Jahren zweimal aufreiss. Neben dem finanziellen Effekt kommt auch noch der psychologische Effekt dazu.

Erich Schmid: Der bisherige Gemeinderat hatte die Regel, dass wenn eine Strasse aufgerissen wird, innerhalb von 5 Jahren keine Baugenehmigung für andere Werke mehr erteilt wird. Ich gehe davon aus, dass diese Regelung noch immer in Kraft ist.

Franziska Grab, Vizeammann: Ja, diese Regel ist noch in Kraft, aber wie gesagt es ist unsere Regelung.

Brigitte Schmid: Die EVP-Fraktion hat verstanden, weshalb die Gemeinde auf den Zug aufspringen sollte. Es kann nicht bis 2017 gewartet werden, es sollte jetzt reagiert werden. Aus all diesen Punkten, welche bereits gesagt wurden, stimmen wir dem Projekt zu.

Stefan Semela: Wir haben zwei Anträge, der Prüfungsantrag betreffend der Kopfsteinpflaster wird entgegengenommen, darüber muss nicht abgestimmt werden. Beim anderen Antrag handelt es sich um eine Erweiterung des Verpflichtungskredites a), bezüglich der Strassensanierung.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag der SP/Grüne: Um Folgeschäden bei den Randabschlüssen und beim Strassenbelag zu vermeiden, werden die zu kleinen Rabatten der Alleebäume vergrössert. Dazu wird der Verpflichtungskredit a) um CHF 20'000 aufgestockt. Der Antrag wurde mit 11 Ja- zu 23 Neinstimmen und 1 Enthaltungen abgelehnt.

Schlussabstimmungen

Antrag des Gemeinderates: a) Der Verpflichtungskredit von CHF 96'000 inkl. MwSt. für die Sanierung der Schulstrasse wird bewilligt (Preisstand 4. Quartal 2014). Der Antrag wird mit 28 Ja- zu 7 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag des Gemeinderates: b) Der Verpflichtungskredit von CHF 326'000 inkl. MwSt. für den Ersatz der Wasserleitung in der Schulstrasse wird bewilligt (Preisstand 4. Quartal 2014). Der Antrag wird mit 29 Ja- zu 6 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag des Gemeinderates: c) Der Verpflichtungskredit von CHF 175'000 für den Neubau einer Kanalisationsleitung in der Schulstrasse wird bewilligt (Preisstand 4. Quartal 2014). Der Antrag wird mit 35 Ja- zu 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

6 2015.06 **Postulat Dan Meier, CVP, und Mitunterzeichner betr. Verkehrsführung im Zusammenhang mit dem Ausbau der Busspur in Kirchdorf. Bericht des Gemeinderates**

Eintreten wird nicht bestritten.

Daniel Meier: Mit dem Postulat wollte ich erreichen, dass nicht nur der Morgenverkehr Richtung Baden geförnert und dosiert wird, sondern auch der Abendverkehr Richtung Koblenz so gesteuert wird, dass ein Einbiegen in die Landstrasse Richtung Baden möglich ist. Als die Siggenthaler Brücke gebaut wurde, wollte man den Verkehr auf beide Talseiten verteilen. Mir ist aber aufgefallen, dass wenn ich von Richtung Baden komme und Richtung Koblenz fahren will, mich der Wegweiser über Nussbaumen und nicht Richtung Kappelerhof - Turgi führt. Es sollen geeignete Massnahmen erarbeitet werden, um den Verkehr am Brückenkopf in Baden auf beide Talseiten zu verteilen.

Ein sehr wichtiger Punkt ist der Bereich bei der Wiedackerstrasse, dort ist die Landstrasse in einem sehr schlechten Zustand und die Kreuzungsmanöver bei der Bushaltestelle „Alte Post“ - Wiederackerstrasse von Bus, Lastwagen und Fussgänger äusserst gefährlich.

Diese Punkte haben mich dazu bewogen das Postulat einzureichen. Es hat mich sehr gefreut, dass der Gemeinderat das Postulat entgegengenommen und die Anträge an den Kanton so speditiv ausgearbeitet hat.

Idealerweise sollte die Planung bzw. die Arbeiten wo möglich mit denjenigen des Kantons für die Pförtneranlage abgestimmt werden, damit die verkehrstechnische Erschliessung aus Kirchdorf in die Landstrasse verbessert werden kann. Ich weiss, wir haben 2010 über den Kreis bei der Brühlstrasse abgestimmt und die Obersiggenthaler Bevölkerung hat ihn abgelehnt. Trotzdem braucht es hier an der Brühlstrasse und auch an der Wiedackerstrasse geeignete Massnahmen wie Mittelstreifen, Lichtsignal etc. um das Einbiegen in die Landstrasse für Bus, PW und Velos zu ermöglichen.

Franziska Grab, Vizeammann: Die Busspur hört bei der Brühlstrasse auf, weil für die Strassen Ausserorts der Kanton zuständig ist und wir in diesem Punkt nicht mehr mitreden können. Deshalb wurde die Busspur auch halbiert, weil das Stimmvolk die ganze Sanierung abgelehnt hat. Die Busspur wird so ausgestaltet, dass es keinen Einfluss auf das weitere Vorgehen bei der Planung des Knotens Brühlstrasse hat. Für die Erstellung der Busspur und für die Sanierung des Knotens Brühlstrasse sind beim Kanton zwei verschiedene Abteilungen zuständig. Mit unseren Anträgen werden sie sicher an die Planung der Busspur anknüpfen.

Patrick Hehli: Mich hat der Medienbericht in der Aargauer Zeitung „Die Debatte um den Stau, lässt Turgi kalt“ ein bisschen erschüttert. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, wie er dazu steht. Wir sind Baden Regio, dies wurde jahrelang, vor allem von deinem Vorgänger Dieter hochgespielt. Eine solche Aussage befremdet mich etwas, wie seht ihr das? Oder sollen wir jetzt auch plötzlich nur noch an uns denken, was in dieser verkehrspolitischen Problematik bestimmt nicht sinnvoll wäre.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Zurzeit sind vom Kanton verschiedene Massnahmen in dieser Gegend geplant. Wir wissen, dass die Verkehrssituation in Obersiggenthal oder auf der anderen Seite im Kappelerhof nicht so ist, wie sie ursprünglich geplant war. Es hat heute viel mehr Verkehr, als man gedacht hat. Beim Kanton spricht man von einem Verkehrslenkungsrechner, welchen man installieren möchte. Dieser gibt dynamische Signale ab, welche Strassen zu sehr befahren sind, mit dem Ziel den Verkehr zu verlagern. Der Kanton plant verschiedene Staumassnahmen, unter anderem den Kreisel bzw. die Busspur Kirchdorf oder die Hersteinstrasse, diese gehören ebenfalls zu diesem Gesamtsystem, welches geplant werden soll.

Patrick Hehli: Das ist nicht ganz die Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe. Meine Frage war, wie du zu einer solchen Aussage der Gemeinde Turgi stehst. Es sollte doch ein miteinander sein, eine solche Aussage von einer offiziellen Person in der Zeitung befremdet mich.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Da kann ich dir zustimmen, ich finde diese Äusserung so auch unglücklich.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: 1. Der Bericht des Gemeinderates sei zu genehmigen. 2. Das Postulat sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben. Der Antrag wird mit 35 Ja- zu 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

7 2015.07 Postulat der SVP-Fraktion betr. Bedarfsabklärung Parkplätze beim Schwimmbad Obersiggenthal und OSOS / Erheblicherklärung. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Lukas Füglistner: Es wird über den Betrieb des Schwimmbades diskutiert und nach zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten und Attraktivitätssteigerungen gesucht. Im Sommer ist das Schwimmbad relativ gut ausgelastet, und die Wiese unterhalb des JUGS regelmässig überbelegt. Wir haben den SCS Siggenthal, sowie verschiedene andere Vereine, welche die Sporthalle regelmässig nutzen. Es wird über einen Neubau des Fussballplatzes an einem anderen Standort diskutiert, ich habe aber keine Ahnung wo dieser Fussballplatz hinkommen soll, wenn nicht dort wo er jetzt schon ist.

Aus diesen Gründen ist es jetzt an der Zeit, dass sich der Gemeinderat Gedanken macht wie die Zukunft der Parkplätze rund um das OSOS und die Sporthalle aussehen soll.

Silvia Dingwall Stucki: Wir von der Fraktion SP/Grüne haben das Postulat diskutiert und uns gefragt was die SVP-Fraktion mit diesem Vorstoss beabsichtigt. Wir verstehen nicht, warum die Kindertagesstätte einen zusätzlichen Parkplatzbedarf verursachen soll, die Kinder kommen nicht mit dem Auto. Wir sind selbstverständlich dafür, dass das Schwimmbad attraktiv bleibt oder noch attraktiver gemacht wird. Eine seriöse Abklärung des Parkplatzbedarfes bedeutet aber relativ viel Aufwand für etwas, was unserer Ansicht nach kein grosses Problem ist. Wir haben uns gefragt, wer diesen Bedarf abklären, und wie diese Abklärung gemacht werden soll. Zudem haben wir uns die Frage gestellt, was das Kosten wird. Wenn ich vorbei fahre, ist der Schwimmbadparkplatz, ausser an wenigen Tagen im Hochsommer meistens leer. Wir sehen keinen Handlungsbedarf und sind gegen die Überweisung des Postulats.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Postulat der SVP-Fraktion betreffend Bedarfsabklärung Parkplätze beim Schwimmbad Obersiggenthal und OSOS / Erheblichkeitserklärung sei dem Gemeinderat zu überweisen. Das Postulat wird mit 24 Ja- zu 8 Neinstimmen und 3 Enthaltungen überwiesen.

Silva Dingwall Stucki: Kann ich dazu noch einen Antrag stellen? Wenn der Parkplatzbedarf abgeklärt wird.

Stefan Semela: Um was geht es?

Silva Dingwall Stucki: Das ist ein zusätzlicher Antrag.

Stefan Semela: Aber jetzt haben wir darüber abgestimmt. Geht es um einen Rückkommensantrag?

Silvia Dingwall Stucki: Nein, das ist eine Ergänzung. Kann man das nicht machen?

Stefan Semela: Nein, das geht nicht. Dafür müsste ein eigenes Postulat eingereicht werden.

8 2015.08 Postulat Peter Marten, FDP, betreffend Legislaturziele 2014 - 2017 des Gemeinderates Obersiggenthal / Erheblicherklärung. Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Marten: Wer mich kennt, der weiss dass ich gern etwas wortfechte. Es hat mich enttäuscht, dass das Postulat vom Gemeinderat nicht entgegengenommen wurde. Ich habe mir bereits Gedanken darüber gemacht, was ich alles dagegen bringen soll, weshalb man es trotzdem machen sollte. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Spätestens in einem halben Jahr erhalten wir den Zwischenbericht über die Zielerreichung des Gemeinderates. Ich bin davon überzeugt, dass allfällige Unschärfungen, welche in den Zielsetzungen dann immer noch vorhanden wären, entsprechend erkannt und möglicherweise auch kritisiert würden. Ich wünsche mir, und ich habe es auch schriftlich erhalten, dass der Gemeinderat die Punkte aufnimmt, welche wir eingebracht haben.

Stefan Semela: Verstehe ich es richtig, dass am Postulat festgehalten wird?

Peter Marten: Ich ziehe das Postulat zurück.

Stefan Semela: Somit entfällt die Abstimmung über die Erheblicherklärung dieses Postulats.

9 2015.09 Umfrage

Erich Schmid: Wir haben im letzten Dezember über die LED-Strassenbeleuchtung abgestimmt. Im Januar kam in der Aargauer Zeitung die Meldung, dass das subventioniert wird. Ist der Gemeinderat dem nachgegangen ob auch unser Kredit subventioniert wird, respektive unsere Kosten reduziert werden?

Vor knapp 10 Jahren wurde der Kindergarten Nuechtal neu gebaut, die Fassade sieht in der Zwischenzeit nicht mehr sehr schön aus. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass diese Fassade sehr wahrscheinlich sanierungsbedürftig ist?

Der Kanton hat vor, an der Landstrasse in Kirchdorf die Tempolimite auf 60 zu erhöhen, der Gemeinderat ist aber dagegen. Die Fraktionen vom Einwohnerrat haben dem Gemeinderat schriftlich mitgeteilt, dass sie auch dagegen sind. Wie ist der Stand der Dinge? Seit dem Erhalt der Eingangsbestätigung habe ich nichts mehr gehört.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Die Subventionen bei der LED-Beleuchtung standen zur Diskussion, ich weiss aber nicht wie die Ergebnisse sind. Betreffend dem Fassadenzustand des Kindergarten Nuechtal habe ich noch nichts gehört. Ich werde beide Fälle abklären und Bescheid geben.

Franziska Grab, Vizeammann: Der Gemeinderat hat Einsprache erhoben. Im Mai 2015 werden, betreffend der Busspur Einwendungsverhandlungen mit dem Kanton stattfinden. Danach wissen wir mehr darüber.

Patrick Hehli: Im Herbst hat man unser Postulat, betreffend der Parkplatzproblematik in der Gemeinde mit der Aussage „Obersiggenthal hat kein Parkplatzproblem“ eigentlich abgeschossen. Ein paar Wochen später gehe ich zum Gemeindehaus und siehe da, plötzlich wurden Schilder „Nur für Gemeindehaus Besucher“ in die Rabatten eingesteckt. Wir haben kein Problem, es stimmt nicht, dass wild parkiert wird. Und noch etwas später konnte man auch noch in der Zeitung lesen „Schneepflug kommt nicht an Autos vorbei“, das ist auch nur der Fall, wenn wild parkiert wird. Ich habe mir so meine Fragezeichen über gewisse Abläufe und Aussagen gemacht und kam mir etwas „veräppelt“ vor.

Die Baubewilligung für die Tagesstruktur wurde erteilt und ich nehme an, kurzum wird die erste Schaufel eingeschlagen. Wie weit steht es mit der Vereinsgründung? Ich denke, es sollte möglich sein, die Statuten etc. vor dem Einzug machen zu können.

Nächstes Jahr ist wieder das Jugendfest geplant. Ich gehe davon aus, dass es auch ein Eröffnungsfest bei einem solchen „teuren“ Bau für die Tagesstrukturen geben wird. Hat man sich bereits Gedanken darüber gemacht, ob man etwas zusammen planen will oder gibt es zwei Feste an praktisch identischen Ort?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir haben festgestellt, dass die Besucher ihre Autos praktisch überall hin stellen, wenn ein Anlass im Gemeindesaal stattfindet. Wir haben uns entschieden, vier Parkplätze für die Kunden der Gemeindeverwaltung zu reservieren. Dabei handelt es sich um ein Entgegenkommen und hat mit der Parkplatzfrage ansonsten nichts zu tun. Wir haben gesagt, dass wir die Parkplatzsituation weiterhin beobachten werden. Bei der Rainstrasse haben wir eine spezielle Situation, wir werden diesbezüglich Massnahmen, ausserhalb des allgemeinen Parkraumkonzeptes ergreifen.

Schneider Therese, Gemeinderätin: Es braucht keine Gründung eines neuen Vereins, der Verein besteht bereits bzw. es sind zwei Vereine, welche fusionieren werden. Als erstes wurden die Tarife an die des Mittagstisches angeglichen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ein Bezug zeitgleich mit dem Jugendfest wird nicht möglich sein. Ich gehe davon aus, dass das Jugendfest Anfangs Juli vor den Sommerferien stattfinden wird.

Christoph Villiger: Wir haben heute Abend wieder einmal über den Verkehr diskutiert. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und euch einladen an unserer Veranstaltung am 20. April 2015 teilzunehmen. Der Regierungsrat, Stephan Attiger, wird über das Thema Verkehr rund und im Siggenthal referieren, zudem besteht die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Urs Müller: Diese Woche war die Zeitung voll, mit Vorschlägen wie der Verkehr in der Region Baden gelöst werden soll. Unsere Gemeinde ist am meisten davon betroffen. Ich finde es gut, dass der Regierungsrat zu uns kommt, aber es zeigt auch wie zentral unsere Gemeinde in diesem ganzen Bereich ist. Gemäss Zeitungsartikel sind die Vorschläge zu dieser Verkehrsentwicklung vom Kanton in enger Zusammenarbeit mit den Behörden der Region gemacht worden. Welche Personen und welche Kommissionen von unserer Gemeinde waren dabei involviert? Wer wird diskutieren und wie wird die Bevölkerung miteinbezogen?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich, als Vertreter vom Verkehr und Erwin van Bouwelen, Leiter Bau und Planung waren vertreten. Der Kanton hat schon längere Zeit an dieser ganzen Oase Idee gearbeitet und uns wurden 100 von Ideen vorgestellt, materiell konnte man keinen Einfluss nehmen. Wir haben eingebracht, dass Obersiggenthal auch zum Zentrum gehört, und wir bei uns auch gewisse Massnahmen erwarten. Plötzlich tauchte das Element „Spange Nussbaumen“ auf. Die Projektverantwortlichen werden nächsten Montag den Gemeinderat detailliert darüber informieren, wie und was geplant ist und wie es weitergehen wird. Grundsätzlich ist es ein kantonales Projekt, bis jetzt waren die Behörden der Gemeinde nicht integriert. Wir können momentan noch nicht mehr dazu sagen.

Ueli Zulauf: Ich war etwas überrascht darüber, wie die Diskussion über das Postulat von Peter Marten geendet hat. Ich habe nicht ganz verstanden, was genau abgelaufen ist, hast du das Postulat zurückgezogen?

Stefan Semela: Ich habe ihn gefragt, und er hat es zurückgezogen.

Ueli Zulauf: Ich hatte es nicht verstanden.

Stefan Semela: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, schliesse ich die Einwohner-ratssitzung. Nach der Sitzung treffen wir uns im Restaurant Haldengut.

Der Präsident:

Stefan Semela

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler